

Ohne Zustimmung des Standortkantons soll kein Atommüll-Lager gebaut werden

SP und Grüne wollen das Vetorecht eines Kantons gegen ein Atommüll-Lager auf seinem Hoheitsgebiet wieder einführen. Auch Bürgerliche aus möglichen Standortkantonen sind dafür.

Von Christian Brönnimann, Bern

Das Problem ist ungelöst. Wo sollen der-einst die nuklearen Abfälle aus Schweizer Atomkraftwerken gelagert werden? Der Bundesrat hat sich bis 2020 Zeit gegeben, um den umstrittenen Standortentscheid zu fällen. Zur Debatte stehen sechs Regionen auf dem Gebiet von sieben Kantonen.

Der Entscheid, welche Region am Schluss des Auswahlverfahrens in den sauren Apfel beißen muss, obliegt dem Bundesrat, dem nationalen Parlament und bei einem allfälligen Referendum dem Schweizer Volk. Nicht gegen ein Lager zur Wehr setzen können sich jedoch die betroffenen Kantone. Sie werden lediglich in der Evaluationsphase angehört. Nach dem Nidwaldner Nein zum Lagerstandort Wellenberg hat das Parlament das Vetorecht der Kantone 2005 aus dem Gesetz gestrichen.

«Ziviler Ungehorsam» befürchtet

Aus den Reihen der SP und der Grünen wird nun der Ruf laut, dies wieder zu ändern. In zwei parlamentarischen Initiativen fordern sie, dass die betroffenen Kantone ihre Zustimmung für ein Endlager geben müssen. Ansonsten komme der Standortentscheid einer «Parodie auf demokratische Verfahren» gleich, schreiben die Grünen. Das aktuelle Kernenergiegesetz sieht vor, dass die Anliegen der Kantone nur so weit zu berücksichtigen sind, dass dies «das Projekt nicht unverhältnismässig einschränkt». Die Umweltkommission des Nationalrats wird sich übernächste Woche mit den beiden Vorstössen befassen.

Die Initiativen stossen bei einigen bürgerlichen Parlamentariern aus potenziellen Standortkantonen auf Anklang. Er sei offen für das Anliegen, sagt etwa der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann. Denn mit dem aktuellen Vorgehen des Bundes habe er Mühe. Zuletzt habe sich bei der Präsentation der Standorte für die oberirdischen Zugänge zum Tiefenlager gezeigt, wie sehr der Bund die Regionen brüskiere, so Germann (TA vom 21. 1.).



Protestaktion im September 2010 in Trüllikon gegen ein mögliches Atommüll-Lager im Zürcher Weinland. Foto: Steffen Schmidt (Keystone)

Auch der Präsident der Grünliberalen Partei, der Zürcher Nationalrat Martin Bäumle, steht dem Ansinnen, den Kantonen das Vetorecht zurückzugeben, positiv gegenüber. Ein Endlager lasse sich nur mit den Betroffenen zusammen realisieren, sagt er. Es könne nicht gut kommen, wenn ihnen ein Lager aufgezwungen werde. In diesem Fall drohe Widerstand bis hin zu «zivilem Ungehorsam». Parteikollegin Verena Diener (ZH) pflichtet ihm bei: Hätten die Kantone ein Vetorecht, erhöhe das den Druck auf den Bund und die Nagra, möglichst überzeugend dar-

zulegen, dass der gewählte Standort der beste sei, sagt die Ständerätin.

Jetzt Spielregeln nicht ändern

Dem Sukkurs zum Trotz dürften die beiden Vorstösse im Parlament einen schweren Stand haben. Denn die Angst vor einer endlosen Verschleppung des Problems nach dem Sankt-Florians-Prinzip ist gross. Auch wenn die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone derzeit «eine Farce» seien, müssten die Kantone «in letzter Konsequenz» übergangen werden können, sagt etwa Beat Flach (GLP, AG). Gleich denkt Stefan

Müller (CVP, SO). Da nur der sicherste Standort für ein Tiefenlager infrage komme, müsse dieser «als Ultima Ratio» auch gegen den Willen eines Kantons durchgesetzt werden, meint er. Am deutlichsten wird Filippo Leutenegger (FDP, ZH): Es gebe keinen Grund, die Spielregeln zu ändern, sagt er. Schliesslich müssten die atomaren Abfälle ja irgendwo gelagert werden, und die Kantone hätten auch heute schon viele Mitsprachemöglichkeiten.

Für den Fall, dass in der Schweiz kein Lagerstandort gefunden wird, schlägt Vetorecht-Befürworter Germann eine

radikale Lösung vor: den Export des Atomabfalls in eine abgelegene Region im Ausland. Es mache keinen Sinn, im dicht besiedelten Zentraleuropa das Risiko eines Atommülllagers einzugehen, erklärt er.

Gegen Atommüll-Export

In den Augen des Bundesrats stellt dies allerdings keine Option dar. «Gegenwärtig besteht kein konkretes Projekt für ein internationales Lager. Die Schweiz nimmt diesbezüglich keine Vorreiterrolle ein», schrieb er letzten Herbst auf einen Vorstoss Germanns.